

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post porto frei ganzl., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spalte oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit dem Allerhöchsten Cabinetschreiben vom 1. März d. J. allergnädigst anzuordnen befunden, daß der Feldmarschall-Lieutenant Georg Ritter v. Marziani, für die Zeit der durch ein Augenleiden veranlaßten Dienstverhinderung des Feldmarschall-Lieutenants Freiherrn v. Mamula dessen Posten als Gouverneurs-Stellvertreter in Dalmatien ad interim versee.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 1. März d. J. den Finanzrath der Oedenburger Finanz-Landesdirektions-Abtheilung, Rudolf Edler v. Kremer, zum Finanz-Bezirks-Direktor in Krakau mit dem Titel, Charakter und den systemmäßigen Bezügen eines Oberfinanzrathes allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 1. März d. J. unter Bewilligung der angeführten Uebersetzung des Ober-Finanzrathes Gottfried Höhnel von der Finanz-Landesdirektions-Abtheilung in Großwardein in gleicher Eigenschaft zu jener in Kaschau, den Finanzbezirks-Direktor zu Balassa-Gyarmath, Finanzrath Ferdinand Ritter v. Eichelhofen, zum Oberfinanzrath der Finanz-Landesdirektions-Abtheilung in Großwardein mit den systemmäßigen Bezügen allergnädigst zu ernennen geruht.

Unter Beziehung auf die Kundmachung vom 4. Mai und 28. Oktober 1858, dann vom 24. Jänner 1859 wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß für die k. k. Lokal-Kommission in Gottschee nachträglich auch der Verwalter in Krupp, Wenzel Jäger, als Sachverständiger berufen worden ist.

Von der k. k. Grundlasten-, Ablösungs- und Regulirungs-Landeskommission für Krain. — Laibach am 9. März 1859.

Heute wird ausgegeben und versendet: das Landes-Regierungsblatt für das Herzogthum Krain, Zweiter Theil, IV. Stück, XI. Jahrgang 1859.

Inhalts-Übersicht:

Nr. 4. Kundmachung der k. k. Postdirektion für Krain und das Küstenland vom 20. Februar 1859, über das Postfrachtgeld-Ausmaß vom 15. Februar 1859 angefangen.

Laibach den 14. März 1859.

Von k. k. Redaktions-Bureau des Landes-Regierungs-Blattes für Krain.

Nichtamtlicher Theil.

Eine Note des Grafen Buol an Apponyi.

Unterm 25. Februar hat Graf Buol an den Grafen Apponyi, österreichischen Gesandten in London, eine Note erlassen, welche eine eingehende Widerlegung der Beschuldigungen enthält, die auf der Tribüne und in Noten vom Grafen Cavour ausgesprochen wurden. Oesterreich, wird darin erklärt, habe seinen Einfluß auf die anderen italienischen Staaten nie usurpirt, nie gemißbraucht. Seine Hilfe ist stets nur auf Andringen der legitimen Gewalt, ohne allen Eigennutz, im Interesse des Friedens und der Ordnung geübt worden. Das Haus Savoyen selbst hat in nicht gar ferner Zeit davon Proben erhalten. Es sei absurd, Oesterreich einen Vorwurf aus dem Zutrauen zu machen, das die anderen Regierungen in seine Absichten setzen. Allianzverträge zur gemeinsamen Verteidigung, ohne einen Dritten zu benachtheiligen, entsprechen

ganz dem Völkerrechte. Sie geniren nur eine Regierung, die sich unbefugt zum Wortführer Italiens aufwirft. Was Graf Cavour der Unordnung zugeschiebe, spreche er den Regierungen ab und proklamire diese Prinzipien in einem Augenblick, wo er glauben macht, er könne zur Unterstützung seiner Zwecke auf eine benachbarte Großmacht zählen. Es wird sodann noch ein Mal auf Sardiniens Angriff vor zehn Jahren zurückgegangen. Oesterreich habe den daraus folgenden Frieden ernstlich genommen, Sardinien aber habe stets auf eine terza ricossa gedacht und einseitigen Oesterreich einen geheimen Krieg gemacht. Bei Gelegenheit der Reise Sr. Majestät des Kaisers nach dem lombardisch-venetianischen Königreiche stiegen die Anfeindungen der Presse bis zur Apologie des Königsmordes. Die Anzeigen Oesterreichs, welche Garantien Piemont gegen solche Ausschreitungen biete, nenne Graf Cavour ein Verlangen, die Institutionen des Landes zu ändern. Der österreichische Geschäftsräger wurde, um nicht Zeuge solcher Vorkommnisse zu sein, von Turin zurückberufen, aber das hinderte nicht, daß man wie ehehem alle Handels- und sonstigen Beziehungen beider Länder zu fördern fortfuhr.

Seit Anfang dieses Jahres hatte sich das Kriegsgeschrei wiederholt. Maßregeln, zur Niederhaltung einer Bewegung vorgezogen, werden vom Grafen Cavour als feindselige Handlungen betrachtet. Er hat behauptet, die Garnisonen von Ancona und Bologna seien verstärkt worden. Beides ist unwar. Oesterreich könne nichts thun, um die Situation zu bessern; aber Großbritannien möge Piemont veranlassen, seine herausfordernde Politik aufzugeben, und auf der ganzen Halbinsel werde Ruhe und Friede zurückkehren. Dann geht die Depesche auf die Beschwerden der Bevölkerung über, zeigt, wie nach und nach in Italien mit allen Regierungsformen experimentirt worden, aber mit geringem Erfolge. Oesterreich habe nicht die unglücklichen Tage in der neuesten Geschichte Italiens gemacht. Es habe stets jeder praktischen Verbesserung seinen Beifall gesollt. Es habe jeden vernünftigen Fortschritt mit Befriedigung aufgenommen und nach Maßgabe seines Einflusses unterstützt. Um Noth gefragt, habe es nach reiflicher Erwägung stets seine Meinung abgegeben.

Wenn diese Maßregeln nicht den gewünschten Erfolg hatten, darf man nicht immer die Regierungen dafür verantwortlich machen. Die an Zügellosigkeit grenzende Freiheit in Piemont habe wohl für die Nachbarlande manches Unzukömmliche, aber nichtsdestoweniger erkenne die österreichische Regierung an, daß die piemontesische Regierung selbst vor Allem über das innere Gebahren in ihrem Lande zu urtheilen habe.

Aber sie dürfe den anderen Staaten eben so wenig ein ihr gefälliges System aufdringen. Die Mäandern des Kirchenstaates sei seit lange durch Verminderung der Okkupationstruppen vorbereitet worden, jetzt seien wegen der völligen Ausführung derselben Verhandlungen im Zuge. Frankreich und Oesterreich haben durch Unterstützung des Papstes der Sache der Ordnung einen wesentlichen Dienst geleistet. Seine weltliche Herrschaft sei notwendige Bedingung der freien Ausübung seiner geistlichen Gewalt. Doch werde Oesterreich sich glücklich schätzen, wenn es seine Truppen zurückziehen könne. Auch hier seien die revolutionären, aus der Fremde wirkenden Elemente Hauptursache der Unzufriedenheit. Erst, wenn die Quelle der Agitation in Piemont verstopft wäre, könnten glückliche Resultate durch innere Reformen erzielt werden. Dann werden auch die wohlmeinenden Absichten Oesterreichs, das mehr als jeder andere Staat am Wohlsein und an der Blüthe der Halbinsel interessiert ist, nicht fehlen.

Zum Schluß heißt es: „Ich beauftrage Ew. Excellenz, diese Betrachtungen der erleuchteten Auffassung des britischen Cabinets zu unterbreiten. Wir

sind zu sehr von der ungeheuren Verantwortlichkeit durchdrungen, die vor Gott und den Menschen auf Thronen lasten würde, die ohne berechtigten Grund den Frieden von Europa stören würden, um nicht den höchsten Werth darauf zu legen, daß eine befreundete und verbündete Macht, wie Großbritannien, von unserer friedlichen Gesinnung vollkommen überzeugt sei.

Oesterreich denkt an keinen feindlichen Plan gegen Piemont. Trotz seiner gerechten Beschwerden wird es sich jeder aggressiven Handlung enthalten, in so lange als die sardinische Regierung ihrerseits die Unverletzlichkeit seines Gebietes und des Gebietes seiner Allirten achten wird.

Der Kaiser, unser erbaber Herr — Ew. Exz. ist autorisirt, diese Zusicherung dem Lord Malmebury zu geben — wird den Degen nur ziehen zur Verteidigung seiner unbefrührten Rechte und zur Aufrechthaltung der Verträge, welche wir gemeinsam mit dem britischen Cabinet als die einzige dauernde Grundlage der politischen Ordnung betrachten.“

Oesterreich.

Wien. Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 4. März d. J. aus Allerhöchster Gnade zu gestatten geruht, daß die in dem zweiten Absätze der Allerhöchsten Entschliebung vom 15. Dezember 1858 gewährte ausnahmsweise Befreiung von der Pflicht zum Eintritte in das Heer auch auf jene Fälle ausgedehnt werde, wo die Verheerung erst in den letzten Monaten des Jahres 1858 stattgefunden hat.

Es ist in öffentlichen Blättern mehrfach die Behauptung ausgesprochen worden, daß das neue österreichische Heeres-Ergänzungsgesetz und der hiezu erlassene Amtsunterricht Bestimmungen enthalte, die in ihren Wirkungen einem Verbote des Besuches ausländischer Lehranstalten und deutscher Universitäten durch österreichische Studierende gleichkommen würden, und deshalb die evangelischen Konfessions-Verwandten in Ungarn und Siebenbürgen, die bisher häufig an außer-österreichischen theologischen Lehranstalten studirten, besonders empfindlich berühren. Diese Behauptung ist, wie die „Wr. Ztg.“ des Näheren nachweist, durchaus unbegründet, und es muß die Thatsache eben so wie die ihr unterlegte Tendenz auf das Bestimmteste in Abrede gestellt werden. Die Studierenden der Theologie sowohl auf österreichischen als auf nicht-österreichischen Lehranstalten genießen die gesetzliche Befreiung von der Stellungspflicht lediglich gegen Beibringung der vorgeschriebenen Zeugnisse des Superintendenten oder seines Stellvertreters über den guten Fortgang ihrer Studien und die Tadellosigkeit ihrer sonstigen Aufführung. In diesem Sinne sind auch vorgekommene Fälle bereits ohne den geringsten Anstand entschieden worden. Was die Studierenden anderer Fakultäten betrifft, so sind jene an ausländischen Lehranstalten nicht ungünstiger gestellt als jene an inländischen.

Wien, 11. März. Einem Ausweise über den Viehstand in Tirol und Vorarlberg im Jahre 1857 entnimmt die „Oest. Corr.“ folgende Daten: Nach demselben ergibt sich im Innsbrucker Kreise die Anzahl der

Pferde	5.720 St.	Schafe	92.877 St.
Rindvieh	115.975 „	Ziegen	26.993 „
Kälber	44.885 „	Schweine	12.823 „

In der Hauptstadt Innsbruck:

Pferde	204 St.	Schafe	58 St.
Rindvieh	489 „	Ziegen	30 „
Kälber	70 „	Schweine	208 „

Im Brixner Kreise:

Pferde	7.161 St.	Schafe	126.213 St.
Rindvieh	103.824 „	Ziegen	28.183 „
Kälber	32.934 „	Schweine	13.613 „

Im Trienter Kreise:

Pferde . . .	1.870 St.	Schafe . . .	58.299 "
Hornvieh . . .	70.692 "	Ziegen . . .	33.286 "
Rälber . . .	11.031 "	Schweine . . .	9.644 "

Im Bregenzer Kreise:

Pferde . . .	2.855 St.	Schafe . . .	16.635 "
Hornvieh . . .	37.368 "	Ziegen . . .	13.478 "
Rälber . . .	12.588 "	Schweine . . .	6.482 "

Hauptsumme:

Pferde . . .	17.810 St.	Schafe . . .	294.082 St.
Hornvieh . . .	328.348 "	Ziegen . . .	101.970 "
Rälber . . .	101.508 "	Schweine . . .	42.770 "

Im Vergleiche mit dem vorhergehenden Jahre 1856 ergibt sich ein Mehr bei Pferden um 98 St., Schweinen um 2905 St. Minus bei Hornvieh um 4109 St.; Schafen um 19.587 St.; Ziegen um 1024 Stück.

Die bedeutende Verminderung beim Hornvieh zeigt sich am auffallendsten im Kreise Trien, und die noch bedeutendere Verminderung bei den Schafen vertheilt sich größtentheils ziemlich gleichmäßig auf die Kreise Trien und Trient. Die Ursachen dieser Verminderung dürften in der unergiebigen Futterernte und dem Steigen der Futtermittel, in den kommerziellen Verhältnissen und in den Nachwehen der in den Kreisen Trien und Trient stattgehabten Traubenkrankheit liegen.

In dem Markte Jaska in Kroatien und zu Szolnok in Ungarn ist die Errichtung von Sparkassen im Einvernehmen der betreffenden Behörden genehmigt worden.

Wien, 12. März. Ueber den Fortgang der Revolutionsablosungs- und Regulierungs-Operate im Herzogthum Krain im Laufe des Jahres 1858, wie über den ganzjährigen Geschäftsumfang überhaupt liegen uns folgende Daten vor:

Die Anzahl der überreichten Anmeldungen und Provolationen betrug 1516 mit 92.596 Posten, worunter sich 1430 Anmeldungen und 86 Provolationen befinden. Mehr als ein Drittel der bestehenden Grundlasten ist noch nicht angemeldet.

Im Jahre 1858 sind 537 Anmeldungen oder Provolationen in Amtshandlung genommen worden. Von den abgeschlossenen Vergleichen sind 111 von der Landeskommission bereits behältigt und ausgefertigt, wogegen 27 Vergleiche wegen der Nothwendigkeit formeller Ergänzungen noch nicht vorgelegt werden konnten.

Der Gesamtflächeninhalt des der Entlastung unterzogenen Grund und Bodens umfaßt 21.282 J. 1114 Qdr. Altr. Hier von wurden unterzogen: der bloßen Regulirung 177 J. 960 Qdr. Altr.; der Theilung zwischen den Interessenten 190 J. 386 Qdr. Altr.; der Ablösung gegen Abtretung von Grund und Boden oder gegen ein Aequivalent im Gelde 20.914 J. 1378 Qdr. Altr. Die bisher ermittelten Aequivalente umfassen: im varen Gelde 1055 fl. 25 kr. öst. Währ.; an abgetretenem oder, bei streitigen Eigenthumsrechten als ein Eigenthum der Bezugsberechtigten anerkanntem Grund und Boden ein Areal von 10.060 J. 5 Qdr. Altr., wobei sich die Berechtigten in mehreren Fällen zur Bezuhlung von Ausgleichungs-Kapitalien in Summe pr. 244 fl. 60 kr. öst. Währ. zu Gunsten der Verpflichteten verbunden haben. — Von der der Entlastung unterzogenen und an die Berechtigten abgetretenen oder als deren Eigenthum anerkannten Grundfläche wird ein Terrain an Weide oder Weide mit Holz von beiläufig 2000 Joch noch der weiteren Amtshandlung im Rechtsverhältnisse der verschiedenen Fraktionen der Berechtigten unter sich auf Grundlage bereits vorliegender Provolationen oder Anmeldungen unterzogen werden müssen.

Triest, 10. März. Wegen Verdachts des Ausbruches der Blattern in Triest hat die jonsische Regierung unter dem S. d. M. über Provenienzen aus Triest und Venedig eine sieben-tägige Kontumaz-Reserve verhängt. Da dieser Verdacht ganz grundlos ist, wurden gegen obige Maßregel von Seite der kompetenten Behörde ausdrückliche Vorstellungen erhoben.

Italienische Staaten.

Modena, 8. März. Mittelt herzoglichen Erlasses ist ein neues Handelsgesetzbuch eingeführt worden, welches vom 1. August ab in Wirksamkeit tritt.

Modena, 10. März. Ein Erlass des Ministers der öffentlichen Sicherheit verhängt 1-2monatliche Arreststrafe über Leute, welche seit 1. Januar ohne Erlaubniß nach dem Auslande sich begaben.

Parma, 9. März. Ein herzoglicher Erlass verfügt die Errichtung eines neuen Jägerbataillons. Nachrichten aus Neapel vom 8. zu Folge herrscht in diesem Königreiche vollkommene Ruhe.

Turin, 9. März. Das „Diritto“ meldet, die Besatzung von Genua sei auf den Kriegsfuß gesetzt worden. Der sardinische Gesandte zu Florenz, Herr Buoncompagni, ist auf seinen Posten zurückgekehrt.

Turin, 10. März. Die „Corrispondenza mercantile“ versichert, es sei die Errichtung von fünfsten Bataillons bei jedem Linien-Regimente beschlossen; in Folge dessen sollen 25 Majors, 70 Kapitän's und 150 Lieutenantsposten errichtet werden. Es bedarf nicht erst der Versicherung der „Opinione“, daß Graf Cavour die sardinische Gesandtschaft in London angewies, den neapolitanischen Flüchtlingen unter Anführung Poerio's alle thunliche Unterstützung angedeihen zu lassen. Aus früheren Mittheilungen ist ohnedies bekannt, daß denselben mehrseitige Einladungen zukamen, von Südamerika nach New-York zu reisen und sich an letztem Orte nach Genua einzuschiffen, auch haben sie bereits den sardinischen Schutz in Anspruch genommen. Die meisten Turiner Blätter äußern sich sehr ungehalten über die letzte Note des „Moniteur“, sowie über den schweizerischen Bundesrath, wegen der Euschiedenheit, womit letzterer an dem Grundsätze der Neutralität der Schweiz festhält.

Frankreich.

Paris, 7. März. Der Kaiser ließ eine neue Bestimmungstabelle sämtlicher Präfekten anfertigen. Es ergibt sich aus ihr, daß die Vergangenheit von vierzig Präfekten in der Orleansischen Partei wurzelt, zwanzig ehemals jener republikanischen Fraktion, welche sich mit den Orleansisten fusioniren würde, angehört, und die übrigen bis auf drei ziemlich farblos sind. Der Kaiser soll wehmüthig ergriffen sein, und was er an Sir Francis Head von seinen Sorgen und Schmerzen schrieb, ist vollkommen richtig. Er verweist schier an der Befähigung der französischen Nation für glorieuse Thaten.

Paris, 8. März. Der Prinz Napoleon wurde heute allgemein bewert, hat schon einmal kein Glück. Zwar sagt man, haben ihn die Wechselfälle und die Zufälle im menschlichen Leben aus der Ferne in's Palais royal gebracht; aber weiter konnte er es nicht bringen. Seine kriegerische Laufbahn in der Krim wurde durch eine jener unangenehmen Dissentrien unterbrochen, welche im Oriente so häufig wüthen. Er mußte aus dem Kriegszümmel und vom Schlachtfelde nach Paris zurückreiten, um seine angegriffene Gesundheit zu pflegen. Um seine Mußstunden nützlich zu verwenden, unternahm er behufs wissenschaftlicher Forschungen eine Seereise nach dem Norden; aber klimatische Einflüsse verhinderten ihn, irgend ein Resultat für die Wissenschaft zurückzubringen. Um seine Fähigkeiten nicht schlummern zu lassen, entschloß sich endlich der Kaiser, ihn in der Staatsverwaltung zu beschäftigen. Der Prinz stürzte sich mit Jugendmuth und tapferem Eifer in die Reorganisation Algeriens und der Kolonien. Frankreich, das wieder einen Kolonialminister besaß, hoffte, es werde für seine Kolonien eine neue Epoche des Gedeihens und der Vermehrung beginnen. Da traf den Prinzen das Unglück, daß den militärischen Kapazitäten, welche Algerien dahin gebracht haben, wo es heute ist, der rechte Sinn für seine wohlgemeinten Reformen fehlte, und daß sie denselben einen mehr oder minder freimüthigen Widerstand entgegensetzten. Daraus ergab sich die nothwendige Folge, daß das organisirte Algerien, anstatt reorganisiert zu werden, mehr und mehr desorganisiert wurde, und in den Kolonien ging es nicht besser, obgleich Hr. v. Girardin im Kolonialrathe saß.

Am härtesten wurde der Prinz von einem seltsamen Mißverständnis getroffen. Da einige Herren in der Umgebung des Prinzen mit der gefährlichen wüthen Bande, welche sich als Kriegspartei geberdet, vertrauliche Beziehungen unterhielten, wurde allgemein geglaubt, der Prinz begünstige derlei Umtriebe, und da jene Bande den Namen des Prinzen überall mißbrauchte, so mußte auch das Publikum zuletzt in diesem Irrthum verfallen. Eine einfache Beichtigung würde zur Beilegung dieses Irrthums nicht genügt haben. Ganz Frankreich hatte sich in den Kopf gesetzt, der Prinz treibe zum Kriege, welcher zu nichts als zum Umsturze führen könne. Um die Aufregung und die Besorgnisse zu beschwichtigen, zugleich um aus einer falschen politischen Stellung herauszukommen, wurde die „Moniteur“ Note vom Samstag veröffentlicht. So allgemein und lebhaft sind jedoch die Befürchtungen, daß durch dieselben Niemand beruhigt wurde, und die Art wirklicher Beruhigung erst durch den Austritt des Prinzen aus dem Ministerrathe herbeigeführt werden konnte. (?) Der Prinz erklärte sich bereit, dem Lande, dem Kaiser und Europa sein Ministerpostenfesulle zu opfern und der Kaiser nahm das Opfer mit Zuversicht an. Dadurch hat sich der Prinz um das Land verdient gemacht, und es ist zu hoffen, daß mancherlei irrtümliche Gerüchte über seine Tendenzen und seinen Einfluß ein Ende finden werden.

— Man liest in dem „Loulonnais“:

Personen, von denen man weiß, daß sie gewöhnlich sehr gut unterrichtet sind, versichern, daß der Kaiser in den ersten Tagen des Monats Mai, der für die Eröffnung der Eisenbahn bestimmten Zeitpunkt, Toulou besuchen wird. Doch liebe die Reise den verschiedenen

Eventualitäten untergeordnet, die aus Anlaß der italienischen Angelegenheit hervortreten können.

Der „Indépendance Belge“ wird aus Paris geschrieben und auch vom Pariser Korrespondenten der „Times“ bestätigt, daß die Intimität des Prinzen Napoleon mit dem Kaiser durchaus nicht geschwächt sei, daß sein Rücktritt nicht von Dauer sein und der Prinz durch kurzes Zuwarten nichts verloren haben werde. Diejenigen, welche an einen momentanen Bruch zwischen dem Kaiser und seinem Vetter glauben, seien in einem bedeutenden Irrthume befangen.

Die „Indépendance Belge“, erklärt ihre Verlegenheit, der Situation des Augenblicks gegenüber eine bestimmte Meinung zu formuliren, doch gibt sie, wie uns scheint, alle Anhaltspunkte, um sich mit der wünschenswertheiten Bestimmtheit eine solche zu bilden. Sie konstatirt nämlich die umlaufenden Gerüchte, daß der Rücktritt des Prinzen Napoleon nur provisorisch sei, daß er demnächst einflußreicher als je wieder in die Geschäfte eintreten werde, daß die Rüstungen fort-dauern, daß 300 Kanonenschaluppen, die in Creuset, Indret und in Ciotat in Arbeit seien, am 1. April abgeliefert werden sollen, kurz, tausend Gerüchte, von denen eines beunruhigender als das andere ist, die ihr jedoch keine Besorgnisse einflößen würden, wenn sie nicht bis in gewissem Maße mit der Sprache verschiedener höchst einflußreicher Journale übereinstimmen. Wenn man nicht behaupten will, sagt sie, daß diese Blätter die Versicherungen des „Moniteur“ rechtfertigen und beweisen wollen, welche Freiheit sie genießen, möchte man annehmen, daß sie sich zu Aufgabe machen, die durch die offiziellen Erklärungen hervorgebrachten Eindrücke zu zerstreuen. Die „Presse“ treibt mehr als je zum Krieg; die „Patrie“ wünscht sich zu dem Anschluß Glück, der das Publikum zu den von ihr vertretenen Ansichten zurückführt; man ging sogar so weit, den Artikel des „Constitutionnel“ als einen Kommentar, zu betrachten, der bestimmt sei, die zu friedliche und beruhigende Auslegung des „Moniteur“ zu verwischen.

— Im Namen der französischen Regierung nahm Graf Arveguen, als Kommissär-Stellvertreter der Regierung, an Bord des Handelsschiffes „L'Admiral“ Besitz von der Guano-Insel Clipperton, welche im stillen Ozean, 600 Seemeilen von der mexikanischen Küste, liegt.

Aus dem Journal „La France centrale“ geht hervor, daß die — bekannte — Verfolgung der Liten im Departement Ille et Vilaine nicht auf einfache Nachsicherung bei den Juwelieren beschränkt war. In der vorigen Woche gab es ein großes Konzert in Rennes, und wir lesen in den Lokalblättern: Ein Polizei-Kommissär koste Posto am Eingange des Konzerts, aber nicht eine einzige Lillie gab es zu sehen. Mit anderen Worten, die Polizei hatte Befehl, die Personen, welche ein solches „hochverrätherisches“ Emblem zeigen würden, zu verhaften.

— Mag man über den fraglichen „Moniteur“-Artikel sonst urtheilen, wie man will, einer Seite des französischen Charakters muß er offenbar bis zu einem gewissen Grad geschmeichelt haben, jener Seite, die sich in den Worten des „Siecle“ verräth:

Wenn die größten Ereignisse bei den größten Nationen Europa's zum Ausbruch kommen, wecken sie nur einen leisen Wiederhall. Aber durchgeht Europa von Nord nach Süd, und von Ost nach West, und ihr werdet Jedermann übermäßig bewegt und beunruhigt sehen von dem — was Frankreich denkt, was Frankreich will, was Frankreich thut.

Und noch thut Frankreich nichts, es rüstet ja nicht einmal; es denkt nur, und will, aber wehe, wenn es erst handeln wird! Der Olympier winkt mit den Brauen, und Himmel und Erde zittern.

— Welche verkehrte Begriffe über die politische Lage in Frankreich verbreitet sein müssen, dafür zeugt folgende Thatsache. Ein Industrieller Lyons schreibt einem deutschen Geschäftsfreunde. Er klagt über den schlechten Gang der Geschäfte, den die politische Krisis verursacht, und findet es unbegreiflich, „warum denn Oesterreich Frankreich den Krieg machen wolle.“ Derartige Verkerrheiten können freilich nicht Wunder nehmen, da sie von oben her in Umlauf gesetzt werden, und z. B. deutsche Zeitungen, aus denen sich die Leute eines Besseren belehren könnten, jetzt fast gar keinen Zugang mehr erhalten.

Paris, 9. März. Wie gerüchtweise verlautet, soll Prinz Napoleon zum Großadmiral von Frankreich ernannt sein.

Großbritannien.

(Parlaments-Verhandlungen vom 7. März.) In der Sitzung des Oberhauses zeigt Lord Bodehouse seine Absicht an, am 22. die zweite Lesung der Ehesetz-Verbesserungsbill zu beantragen. Gegen diese Bill überreicht sodann Lord Redesdale eine von vielen Frauen unterzeichnete Petition aus Northamptonshire.

Im Unterhaus zeigt Mr. Spooner unter allgemeinem Hohngelächter an, daß er am 21. März ein Comité des ganzen Hauses über die Maynooth-

Subsidie, beabsichtigt die Abschaffung derselben, beantragt wird. Mr. Thomas Duncombe zeigt an, daß er in der Comit-berathung der ministeriellen Reformbill mehrere Verbesserungsvorschläge zu stellen beabsichtigt. Auf eine Anfrage von Mr. Bright erklärt der Schatzkanzler, daß die weitere Betreibung der Kirchenabgabenbill, die Mr. Walpole als Staatssekretär des Innern eingebracht, demselben aus Courttoisie auch jetzt überlassen bleibe.

Zur Motion auf zweite Lesung der ostindischen Anleihebill erhebt sich Sir G. Cornwall Lewis zur Bemerkung, daß er zwar die Wichtigkeit und den Werth der Indiensanleihe vom vorigen Jahre vollkommen zu würdigen wisse, allein wie er dieselbe auffasse, belaste sie England nicht mit den früher. a pekuniären Verpflichtungen Indiens und eben so wenig erweitere sie die Aufsicht des Parlaments über die indischen Finanzen. Er empfiehlt daher, den indischen Staatsbudget von dem Großbritannien und Irlands streng geschieden zu halten.

Mr. Bright entwirft ein dunkles Bild vom Zustand der indischen Finanzen. Wenn nicht ein Versuch gemacht würde, sie gründlich zu ordnen, werde eine indische Anleihebill zu den alljährlich wiederkehrenden Ereignissen gehören. Die Akte voriger Session (Abschaffung der ostindischen Kompanieverwaltung) habe nur den Namen, nicht das Prinzip oder nur die Form der indischen Regierung geändert; die Folge sei, daß der indische Staat im Ganzen indisch mit der Habe der Eingebornen im ganzen indischen Reich mit rückwärtsloser Willkür geschaltet werde. Um das Defizit der Einnahmen auszufüllen, möchte er vorschlagen: erstens eine Reduktion der indischen Zivillbeamtengehälter, denn dieselben übersteigen alles Maß; zweitens eine Verminderung der Militärmacht, die das Land besetzt hält, und drittens Maßregeln, um die soziale Lage des Volkes zu heben. Der Staatssekretär für Indien umgibt sich leider mit den alten Werkzeugen indischer Misregierung, die jede seiner Bestrebungen zum Einschlagen einer bessern Bahn erschweren und vereiteln würden. Was die Anleihen betrifft, so läugnet er, daß die Zeichner nur den Schatten eines Reiches hätten, sich an die Einnahmen Englands zu halten, obgleich es eine Ungerechtigkeitslast, auf die Eingebornen eine Schuldenlast zuwälzen, entstanden durch Kriege, bei denen sie keine Stimme hatten. Wofür man auf dem jetzigen Wege fortfahre, müsse man, seiner Meinung nach, binnen ungefähr 10 Jahren zu einer neuen und viel gefährlicheren Rebellion gelangen.

Mr. Norton ist gegen die gänzliche Trennung der indischen und britischen Finanzen. Wenn England der indischen Regierung seinen Kredit zum Vorgen ließe, würde nach 20 Jahren keine indische Schuld vorhanden sein und doch keine Bürde auf England lasten.

Mr. Wilson hat das größte Vertrauen zu den Hilfsquellen Indiens.

Der Staatssekretär für Indien, Lord Stanley, ist überzeugt, daß die Hilfsquellen Indiens nur der gehörigen Entwicklung bedürften, um die ganze Schuld zu tilgen und die Regierung von allen finanziellen Schwierigkeiten zu befreien. Wie sehr man auch die Gehalte der Zivilbeamten ermäßige, so würde die doch kaum sehr merkbar in's Gewicht fallen. Die Hauptlast rühre von der Militärausgabe her; und sobald der Frieden ganz hergestellt sei, könne man die Militärmacht reduzieren. Der indische Staatsschatz sei gewiß rein auf die Einnahmen Indiens angewiesen, allein sollten diese Einnahmen nach Zahlung der Schuld nicht ausreichen, um den Zwecken der Verwaltung zu genügen, so werde England die Frage: „Wer ist verantwortlich?“ nicht gut umgehen können. Die indische Akt, die Herr Bright so unfruchtbar erschwelet, habe jedenfalls zwei Departements, die früher niemals harmonirten, in Einklang gebracht und dadurch eine bedeutende Ersparnis an Geld und Zeit sowie andere Vortheile erzielt. Uebrigens habe man die Uebelstände, die unter dem vorigen System vorhanden waren, außerordentlich übertrieben, daher erscheine jetzt der Unterschied nicht groß genug.

Die Bill gelangt zur zweiten Lesung. — Das Bewilligungscomité des ganzen Hauses legt seine neue Verabfassung fort und bewilligt auf Antrag des Kriegssekretärs 1,050,000 Pfd. St. zur Deckung eines Defizits in den Vorausschlägen von 1858, das er den chinesischen Krieg und der indischen Meuterei zuschreibt.

Ueber die Revolte der neapolitanischen Exiliten auf offener See und ihre Ankunft in Queenstown wird aus Dublin telegraphisch gemeldet:

Am 6. März lief ein Schiff unter amerikanischer Flagge in Queenstown ein und wurde bald ein Gegenstand allgemeiner Neugierde, als man entdeckte, es habe die neapolitanischen Exiliten an Bord, Poerio, nämlich und noch 68 Personen. Es war ihnen gestattet worden, nach New York zu gehen; bei der Ankunft daselbst hätten sie auf Kosten der neapolitanischen Regierung 130 Dollars per Kopf erhalten sollen. Außerhalb der Meerenge von Gibraltar, in der Nähe

von Cadix, wurde das nur 17 Mann starke Schiffsvolk überwältigt und aufgefordert, nach Cork zu steuern. Dem Kapitän, der das Anstimmeln entschieden verweigerte, wurde das Kommando genommen und dasselbe seinem Schiffsmate übergeben. Ueber die weiteren Pläne der Flüchtlinge, ob sie in England bleiben oder Dienste in Sardinien nehmen werden, ist nichts mit Gewißheit bekannt.

Der zum englischen Gesandten in China ernannte Fred. Bruce ist am 5. d. M. nach Alexandrien abgereist, um sich auf seinen Posten zu begeben.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 27. Febr. Bekanntlich haben die russischen Diktatoren einst zu Schweden gehört. Der Finnländer Dr. Grönland hat ein zweijähriges Stipendium erhalten, um Archäologien, hauptsächlich in den russischen und preussischen Ostseestädten anzustellen, wo für die skandinavische und also auch für die finnische Geschichte reiche Schätze aufbewahrt sind, welche bisher von keinem schwedischen noch finnischen Geschichtsforscher benutzt worden sind.

Durch Kundmachung vom 4. Febr. d. J. hat der Kaiser von Rußland verordnet, daß auf der Insel von Desernäs-By im Sprengel Jomala auf der Insel Mänd bei Swiby, eine See- und Handelsstadt mit Namen Marie Hama und zwar mit uneingeschränktem Stapelrecht, angelegt werden soll. Diese Stadt ist zugleich bestimmt zu einem Außen- oder Nothhafen sowohl für inl. als ausländische Schiffe, sowie zum Depot oder Niederlageplatz für alle Handelsleute in den übrigen Städten Finnlands, welche berechtigt sind, Handel zu treiben auf ausländische Orte sammt vom Lande Waren auszuführen und nach denselben einzuführen, wobei der Kaiser zu gestatten geruht hat, daß die vier Höfe oder Bauerngüter, aus welchen Desernäs-By besteht, auf allgemeine Kosten Finnlands eingelöst und nachgehends der werdenden Stadt zum ewigen Eigentum geschenkt werden dürfen. Der Umfang der Privilegien der neuen Stadt und die Bedingungen zur Niederlassung und zum bürgerlichen Nahrungstreiben daselbst werden künftighin in besonderen Fundationsbriefen näher bestimmt werden.

Der schwedische Reichstag zählt ungefähr 400 Adelige, 72 Bischöfe und Priester, 97 bürgerliche und 150 Bauern, nebst 5 Besitzern von Fabriken und Mienen. Diesen Abgeordneten zählt der Staat keine Diäten, mit Ausnahme der Deputirten der Wissenschaftsakademie. Jeder der nicht privilegierten (okrälse), d. h. nicht steuerfreien oder unadeligen Stände unterhält vielmehr seine Deputirten auf dem Reichstage. Die Repräsentanten des Adels erhalten dagegen weder vom Staat noch von der Adelsklasse Diäten, während dieselben für die anderen Stände zwischen 2 1/2 und 3 Rthlr. variiren. Gleichwohl kostete der letzte Reichstag dem schwedischen Staate gegen 300,000 Rthlr., welche Summe zu den von den Wählern als Diäten bezahlte Summe gelegt 750,000 Rthlr. ausmacht.

Türkei.

Konstantinopel, 5. März. Als türkische Mitglieder der hier zu errichtenden Finanzkommission nennt man: Fuad Pascha, Mehmed Raschid Pascha, Mah-mud Pascha; als europäische die Herren: Falkenst. v. Falkenbächer und Leon. — Die walachische Deputation ist hier angekommen, und auf die Entscheidung der Konferenz verwiesen worden.

Asien.

Teheran, 31. Jänner. Der Schah wird den Sommer in Sultanich zubringen und dort eine Armee von 50,000 Mann konzentriren. Der belgische Geschäftsträger kehrt nach Europa zurück. Der Vertrag wegen Flimmentlieferung ist annullirt und einem einheimischen Kaufmann übertragen worden.

Bermischte Nachrichten.

Die „Aut. Correspondenz“ schreibt: Wie man aus Tonandreb berichtet, wird in diesem Jahre ein Dampfschiff mit englischer Flagge in Wien erscheinen. Es haben nämlich zwei Engländer ein sehr hübsches kleines Dampfschiff von England kommen lassen, das jetzt zusammengefaßt wird und den Zweck hat, eine Unterhaltungsfahrt von Baiern bis zur Sulina und wenn thunlich bis Konstantinopel zu machen.

Die telegraphische Verbindung zwischen Malta und Cagliari ist seit 6. d. M. abermals unterbrochen. Die Veranlassung der Störung ist noch nicht ermittelt, doch scheint diesmal das Hinderniß weiter vom Lande entfernt zu sein, als das letzte Mal der Fall war. Die Aktien der betreffenden Gesellschaft sind in Folge dieser Nachricht stark gefallen.

Ein reicher Engländer, welcher kürzlich durch Wien reiste und in einem Gasthose einige Tage in guter Vertheilung hatte, um gegen Diebstahl sicher zu sein, seine Werthpapiere, als: Wechsel, englische Noten, auch Goldstücke, in den Knöpfen des Rockes, den er am Leibe trug, eingemäht. Der Lohndiener staunte nicht wenig, als der Engländer eines Morgens einen

Knopf von dem Rocke ablöste, und ihm mit der Weisung übergab, die 100 Pfund-Note einzuwechseln. Erst als der Knopf von der Hülle befreit war, löste sich auch der räthselhafte Auftrag.

Im großen Rath von Bern wurde am 4. d. M. unter großer Heiterkeit ein Antrag niedergelegt: der Regierungsrath, resp. das Justiz- und Polizeidepartement ist beauftragt, zu untersuchen: ob diejenigen Töchter des Landes, welche Arminolinen tragen, mit einer Taxe zu belegen seien.

Todesfälle.

Am 2. März starb in seiner Vaterstadt Sondershausen der bekannte geographische Schriftsteller Cannabich nach einem kurzen und schmerzlosen Krankenlager in einem Alter von 82 Jahren.

Aus Rom ist die telegraphische Nachricht von dem Hinscheiden des hochwürdigsten Rektors der Kirche Sta. Maria dell' Anima Kardinals der Rota sc. sc., Herrn Alois Blic, eingetroffen.

Telegramme.

Paris, 12. März. Der „Courrier de Dimanche“ meldet, daß die piemontesische Regierung demnächst ein Manifest (an die Nation oder an Europa?) erlassen werde. Derselben Blatte zufolge hat der schweizerische Bundesrath an den römischen Hof eine Note gerichtet, worin gegen die Anwerbung von Schweizern für den Dienst der päpstlichen Regierung protestirt wird. Der preussische Gesandte am französischen Hofe, Graf Pourtales, ist heute hier eingetroffen; Lord Cowley wird bis Dienstag (15.) hier erwartet; und die Konferenzen werden dann sofort eröffnet werden.

Man meldet aus London vom 9. d. M.: Der Dampfer „Amerika“ ist mit 84,000 Dollars an Contanten und Nachrichten aus New-York eingetroffen. Auf Hayti herrschte Ruhe. Der Dampfer „City of Manchester“ war aus Europa in New-York eingetroffen.

London, 11. März. Die Regierung will, um eine parlamentarische Niederlage zu vermeiden, mehrere Hauptpunkte der Reformbill selbst modifiziren. „Times“ halten einen friedlichen Umschlag der französischen Politik für unverkennbar. „Times“ und „Morning Post“ beantragen eine Geldsammlung für Poerio und die übrigen neapolitanischen Flüchtlinge.

London, 12. März. Die heutige „Times“ charakterisirt die neueste Depesche des k. k. österreichischen Kabinetts in Betreff Sardiniens als diplomatisch geschickt und theoretisch vollständig berechtigt. Oesterreich werde hoffentlich, um praktisch weiterer Gefahr auszuweichen, zweckmäßige Reformen in Mittelitalien befürworten, da sonst Aufstände in jenen Gegenden künstlich erzeugt werden könnten.

Athen, 5. März. Alexander Soupos ist zu fünfjähriger Arbeitsstrafe verurtheilt worden.

Handels- und Geschäftsberichte.

Wien, 10. März. Bei der vorgestern während des Maskenballes stattgehabten Verlosung der Gewinngegenstände für die Armen-Lotterie haben folgende Los-Nummern größere Treffer gemacht: Nr. 156,431 gewinnt das Speise-Service, Nr. 139,949 das zweite Speise-Service, Nr. 46,165 das Thee-Service und Nr. 145,544 das zweite Thee-Service, sämmtlich Spenden Ihrer Maj. des Kaisers und der Kaiserin; ferner haben gewonnen: Nr. 273,167 1000 Duk., Nr. 222,892 100 Duk., Nr. 209,203 100 Thaler, Nr. 116,333 100 Thaler u. 162,627 100 Gulden in Silber.

Triest, 11. März. (Wochenbericht.) Kaffee ohne bemerkenswerthe Aenderung im Preise, die Verkäufe beschränken sich auf Anschaffungen für den Bedarf. Zucker in gest. und rohem Einiges zu früheren Preisen abgegeben, andere Sorten vollkommen still. Baumwolle wegen besserer Notirungen in Liverpool im Allgemeinen mehr behauptet, die Umsätze waren aber auf Kommission beschränkt. Rother Rosinen und Koriander hinreichend verkauft, zum Theil auch für Spekulation, Preise stiegen um fl. 2—2 pr. Ztr. Weinbeeren sizil. zu matten Preisen etwas gemacht. Johannisbrot nur detaillirt, gute Ware behauptet. Agrumen ziemlich gut verkauft. Mandeln zum Schluß der Woche und nach Bewilligung von Zugeständnissen Seitens der Besitzer gefragt. Metalle wie früher. Del sehr fest aber beschränktes Geschäft. Häute fest und in steigender Tendenz, Verkauf beschränkt. Wachs matt behauptet bei hinreichendem Vorrath. Knopfern mäßig zu früheren Preisen verkauft. Der Getreidemarkt war belebter als in der vorhergehenden Woche. Weizen war höher und würde noch mehr gestiegen sein, wenn sich die Besitzer nicht fern vom Markte gehalten hätten. Mais bill. Gerste und Hafer in guter Frage, namentlich der letztere, der wegen Mangels an disponibler Ware gestiegen war. Weinfamen wegen der Valuta etwas gestiegen. Auch Mehl unserer Stablfamens war höher. Angekommen sind: 8600 St. Weizen, 5500 St. Mais und 700 St. Weinfamen.

